



## Niederschrift

### **über die Sitzung des Sozial- und Gleichstellungsausschusses 01/2003-2008 am 05.06.2003**

---

**Beginn: 18.05 Uhr**

**Ende: 20.45 Uhr**

#### Anwesende:

Ausschussvorsitzende  
Ausschussmitglied

”  
”  
”  
”  
”  
”  
”  
”  
”  
”

Doris Baum  
Elisabeth von Bressendorf  
Henning Jungclaus  
Patrick Luner  
Robin Miethe  
Margitta Neumann  
Detlef Reinke  
Jörg Schlömann  
Kai Schmidt  
Karsten Sprogö  
Christiane Sülau

ferner

Bürgervorsteher Joachim Süme

seitens der Verwaltung

Bürgermeister Dornquast  
Herr Böge  
Frau Horn  
Herr Möller als Protokollführer

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht die Ausschussvorsitzende, Frau Baum, darauf aufmerksam, dass die Tagesordnung nachträglich um den Tagesordnungspunkt 3 „Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gleichstellungsausschusses 26/1998-2003 am 21.11.2002“ ergänzt wird und sich daher die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte verschiebt.



Somit ergibt sich die folgende

### **Tagesordnung:**

- 1. Verpflichtung bürgerlicher Ausschussmitglieder**
- 2. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 3. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gleichstellungsausschusses 26/1998-2003 am 21.11.2002**
- 4. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten**
- 5. Bedarf an Integrationsplätzen**
  - Antrag der CDU-Fraktion**
    - a) auf Einrichtung einer Integrationsgruppe**
    - b) Beibehaltung der bewährten Zusammenarbeit mit der heilpädagogischen Einrichtung Lebenshilfe Kaltenkirchen**
- 6. Antrag der CDU-Fraktion**
  - Erarbeitung eines Konzeptes für eine schulvorbereitende Erziehung in den gemeindlichen Kindertagesstätten**
- 7. Antrag der CDU-Fraktion**
  - a) Festschreibung des Budgets für die Beratungsstellen in Henstedt-Ulzburg (Haushaltsjahr 2004)**
  - b) Präzisierung der Berichtspflicht der Beratungsstellen**
- 8. Unterrichtungen / Anfragen**
  - Vergabesituation in den gemeindlichen Kindertagesstätten**
- 9. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

### **Zu Punkt 1 der Tagesordnung:**

#### **„Verpflichtung bürgerlicher Ausschussmitglieder“**

Die Ausschussvorsitzende verpflichtet die bürgerlichen Ausschussmitglieder Herrn Henning Jungclaus, Herrn Patrick Luner, Frau Margitta Neumann und Herrn Karsten Sprogö durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

### **Zu Punkt 2 der Tagesordnung:**

#### **„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

Es werden keinerlei Anfragen durch die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner angemeldet.



**Zu Punkt 3 der Tagesordnung:**

**„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gleichstellungsausschusses 26/1998-2003 am 21.11.2002“**

Herr Schmidt weist darauf hin, dass die aktuellen Bedarfszahlen für eine integrative Kindergartenbetreuung nicht in die Niederschrift vom 21.11.2002 aufgenommen wurden. Dieses möge jetzt nachgeholt werden. Die Zahlen sind diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

**Zu Punkt 4 der Tagesordnung:**

**„Bericht der Gleichstellungsbeauftragten“**

Frau Horn berichtet über ihre Aktivitäten während des vergangenen Jahres und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Horn im Namen des Ausschusses ausdrücklich für ihr Engagement und die geleistete Arbeit. Der Bericht ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Für die nächste Ausschusssitzung am 21.08.2003 wird der Frauentreffpunkt Kaltenkirchen eingeladen, um seine Arbeit vorzustellen.

**Zu Punkt 5 der Tagesordnung:**

**„Bedarf an Integrationsplätzen“**

**– Antrag der CDU-Fraktion**

- a) auf Einrichtung einer Integrationsgruppe
- b) Beibehaltung der bewährten Zusammenarbeit mit der heilpädagogischen Einrichtung Lebenshilfe Kaltenkirchen

Der Antrag wird durch Frau v. Bressensdorf zunächst näher erläutert.

Herr Schmidt begrüßt den Antrag grundsätzlich, bittet jedoch um die Ergänzung dieses Antrages um einen dritten Punkt: „Die gemeindlichen Planungen für den Bau eines Integrationskindergartens werden durch die Einrichtung der Integrationsgruppe nicht berührt.“ Nach einer lebhaften Diskussion wird die um den Punkt 3 durch die SPD-Fraktion erweiterte Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt. Es wird über alle drei Punkte der Vorlage separat abgestimmt:

**Beschluss zu Punkt a):**

**Für benachteiligte Kinder, die ihre optimale Förderung in Integrationsgruppen (11:4) erhalten, richtet die Gemeinde Henstedt-Ulzburg möglichst zum Kindergartenjahr 2004/2005 eine Integrationsgruppe ein. Eine enge Abstimmung mit dem Kreis ist hierbei erforderlich.**

**Beschlussfassung:**

**Einstimmig**

**Beschluss zu Punkt b):**

**Die bewährte Zusammenarbeit mit der Heilpädagogischen Einrichtung Lebenshilfe Kaltenkirchen in Kaltenkirchen bleibt bestehen. Bereits vor acht Jah**



ren wurde unter Mitfinanzierung durch unsere Gemeinde die Grundlage dafür geschaffen. Kleinkinder, die optimale Förderung in Kleingruppen dieser Einrichtung erfahren, sollten diese weiter besuchen.

**Beschlussfassung:** Einstimmig

**Beschluss zu Punkt c):** Die gemeindlichen Planungen für den Bau eines Integrationskindergartens werden durch die Einrichtung der Integrationsgruppe nicht berührt.

**Beschlussfassung:**  
1 Stimme dagegen (Herr Schlömann)  
1 Enthaltung (Herr Reinke)  
9 Stimmen dafür (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion, Herr Sprogö, Frau v. Bressensdorf, Herr Jungclaus, Herr Luner, Herr Miethe)

**Zu Punkt 6 der Tagesordnung:**

**„Antrag der CDU-Fraktion“**

**– Erarbeitung eines Konzeptes für eine schulvorbereitende Erziehung in den gemeindlichen Kindertagesstätten**

Die CDU-Fraktion bittet darum, den ersten Absatz des Antrages um den Satz „Sinn und Zweck ist eine Vernetzung von Kindergärten und Grundschulen“ zu ergänzen. Des Weiteren ist der Antrag im ersten Absatz neben den Schwerpunkten „Umweltverhalten“ und „Fremdsprachen“ um den Begriff „musische Fähigkeiten“ zu ergänzen.

Herr Miethe begründet den Antrag damit, dass alle Kinder beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschulen möglichst gleiche Voraussetzungen hinsichtlich ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten mitbringen sollten.

Frau Sülau und Frau Neumann führen hierzu aus, dass eine derartige Förderung in den Kindertagesstätten nicht erforderlich und auch nicht leistbar ist. Frau Sülau sieht hierin teilweise auch eine Überforderung der Kinder.

Frau Honerlah ergänzt, dass bereits heute aktiv umweltfreundliches Verhalten mit den Kindern in den Kindertagesstätten praktiziert wird.

**Beschluss:** In den Kindergärten der Gemeinde wird zukünftig stärker als bisher schulvorbereitende Erziehung geleistet. Diese spielerische Vorschularbeit soll dabei besonderes Gewicht auch auf das Umweltverhalten, die musischen Fähigkeiten und auf die Fremdsprachen legen. Sinn und Zweck ist eine Vernetzung von Kindergärten und Grundschulen.

**Die Verwaltung wird gebeten, von den Leiterinnen der Kindergärten ein entsprechendes Konzept bis**



**zum 30.09.2003 erarbeiten zu lassen. Dieser Ausschuss wird am 06.11 2003 darüber beraten.**

**Beschlussfassung:** 4 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion)  
1 Enthaltung (Herr Sprogö)  
6 Stimmen dafür (CDU-Fraktion)

**Zu Punkt 7 der Tagesordnung:**

**„Antrag der CDU-Fraktion“**

**a) Festschreibung des Budgets für die Beratungsstellen in Henstedt-Ulzburg (Haushaltsjahr 2004)**

**b) Präzisierung der Berichtspflicht der Beratungsstellen**

Frau v. Bressensdorf führt hierzu aus, dass die CDU-Fraktion eine Kürzung im Bereich der Sozialberatung nicht wünscht und daher eine Festschreibung des Budgets im Haushaltsjahr 2004 für sinnvoll erachtet.

Herr Schmidt begrüßt den Ansatz, die Beratungsstellen in Höhe der jetzigen Bezuschussung auch im nächsten Haushaltsjahr zu fördern. Zu Punkt 2 der Beschlussvorlage äußerte Herr Schmidt sich skeptisch, da eine Erfassung von Doppelberatungen nicht oder nur unter großem Aufwand erreicht werden kann. Die SPD stellt daher einen Antrag bezüglich der Festschreibung eines Gesamtbudgets für die im Sozialberatungskonzept beschlossenen Beratungsstellen, Vereine und Verbände. Dieser ist in der Anlage dieser Niederschrift beigefügt.

Frau Baum wendet ein, dass eine „Mehrfachberatung“ jederzeit vorkommen könne und sogar ausdrücklich wünschenswert sei, da dadurch die Situation der Beratenen besser und intensiver offengelegt würde. Derzeit werden folgende Beratungsstellen in Henstedt-Ulzburg durch die Gemeinde gefördert:

▪ Diakonisches Werk – Kirchenkreis Neumünster	18.000,00 €
▪ CJD Eutin – Migrationssozialberatung	8.700,00 €
▪ Beratungsstelle für Erziehungs-, Familien- und Lebensfragen, Kaltenkirchen	5.400,00 €
▪ DRK-Sozialstation	46.000,00 €

**Beschluss zu Punkt 1:** Das Budget für die Beratungsstellen in Henstedt-Ulzburg wird auf der für 2003 beschlossenen Höhe bis Ende 2004 festgeschrieben. Damit erhalten die Träger bereits frühzeitig Planungssicherheit über 2003 hinaus.

**Beschlussfassung:** 3 Stimmen dagegen (WHU-Fraktion, Frau Sülau)  
1 Enthaltung (Herr Schmidt)  
7 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, Herr Sprogö)

**Beschluss zu Punkt 2:** Die Berichtspflicht der Beratungsstellen muss präzisiert werden. Die bisherigen Berichte geben zwar einen guten allgemeinen Überblick über die Tätig



**keitsfelder. Sie lassen jedoch einen Nachvollzug der tatsächlichen Arbeit nicht zu.**

**Die zukünftigen Berichte sollen Auskunft geben über die monatliche Belastung, Dauer der Einzelberatungen, Art der jeweiligen Beratung und mögliche Doppelberatungen auch bei anderen Beratungsstellen.**

**Die Verwaltung wird gebeten, ein Schema für die zukünftigen Berichte zu erarbeiten und dem Ausschuss spätestens am 06.11.2003 vorzulegen.**

**Beschlussfassung:** 5 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion, Herr Sprogö)  
6 Stimmen dafür (CDU-Fraktion)

Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion:

**Beschluss:** Das Gesamtbudget für die im Sozialberatungskonzept beschlossenen Beratungsstellen, Vereine und Verbände wird auf der für 2003 beschlossenen Höhe bis Ende 2004 festgeschrieben.

**Über die Verteilung des Budgets innerhalb des Sozialberatungskonzeptes ist anlässlich der Berichte der dort enthaltenen Beratungsstellen, Vereine und Verbände im Rahmen der Haushaltsberatungen im Herbst 2003 zu beraten.**

**Beschlussfassung:** 7 Stimmen dagegen (CDU-Fraktion, Herr Sprogö)  
4 Stimmen dafür (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion)

**Zu Punkt 8 der Tagesordnung:**  
**„Unterrichtungen / Anfragen“**

**– Vergabesituation in den gemeindlichen Kindertagesstätten**

Bürgermeister Dornquast weist darauf hin, dass die Vergabe der Kindergarten- und Hortplätze noch nicht abgeschlossen ist. Somit kann eine verlässliche Aussage über die Vergabesituation gegenwärtig nicht getroffen werden. Herr Schmidt bittet darum, die Zahlen zur Vergabesituation zur nächsten Sitzung vorab an die Fraktionen zur Beratung zu verschicken.

Bürgermeister Dornquast teilt zur schriftlichen Anfrage der Eltern des Kindergarten Theodor-Storm-Straße mit, dass die Situation umgehend geprüft wird und das entsprechende Antwortschreiben dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben wird.

Frau Baum fragt nach der Berücksichtigung von Kinder bei der Vergabe von KITA-Plätzen, die erst zu Beginn des kommenden Kindergartenjahres das 3. Lebensjahr vollenden. Bürgermeister Dornquast teilt mit, dass ein KITA-Platz nicht vor Vollendung des



3. Lebensjahres bereit gestellt werden kann. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in der Gemeinde wird sichergestellt. Bisher wurde hierbei auch der Bedarf von berufstätigen Eltern entsprechend berücksichtigt.

Frau Hohnerlah fragt, ob die 3. Hortgruppe in der Schulstraße zum Schuljahresende aufgegeben werden soll. Bürgermeister Dornquast bestätigt die Kündigung des angemieteten Raumes bei der Kirchengemeinde. Herr Böge führt aus, dass über den Tag nur eine geringe Auslastung der Einrichtung besteht. In der Mittagszeit sind in der Regel Spitzenzeiten abzudecken. Entsprechende Zahlen ab August 2003 können zur Zeit noch nicht konkret benannt werden.

Gegenwärtig wird der in der Vergangenheit festgestellte Tagesschnitt von 60 Kindern nach den aktuellen Zahlen nicht erreicht.

### **Zu Punkt 9 der Tagesordnung:**

#### **„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

Herr Sievers erkundigt sich nach Zeitpunkt und Finanzierung der Errichtung einer Bahnübergangssperre sowie eines Gehweges in Höhe des Waldkindergartens.

Bürgermeister Dornquast führt aus, dass für den Gehweg am Beckershof im laufenden Haushaltsjahr Mittel bereit gestellt sind. Für die Beschränkung des Bahnübergangs kommt eventuell eine Finanzierung durch die AKN zum Tragen.

Auf Anfrage der Mutter eines Kindes, das im August dieses Jahres das dritte Lebensjahr vollendet, bezüglich der Bereitstellung eines Kindergartenplatzes wird ihr von Bürgermeister Dornquast nahegelegt, mit ihm nochmals Rücksprache zu halten.

gez. Doris Baum  
(Ausschussvorsitzende)

gez. Lars Möller  
(Protokollführer)

gesehen:

(Elisabeth v. Bressensdorf)



---

## SPD Fraktion Henstedt-Ulzburg

An die Vorsitzende des Sozial- und Gleichstellungsausschusses

Frau Baum

Henstedt-Ulzburg, den 01.06.2003

Sehr geehrte Frau Baum,

die SPD-Fraktion stellt zum Top 6 der TO zur Sitzung des Sozial- und Gleichstellungsausschusses am 05.06.2003 folgenden Antrag:

**Der Sozial- und Gleichstellungsausschuß** möge beschließen:

Das Gesamtbudget für die im Sozialberatungskonzept beschlossenen Beratungsstellen, Vereine und Verbände wird auf der für 2003 beschlossenen Höhe bis Ende 2004 festgeschrieben.

Über die Verteilung des Budgets innerhalb des Sozialberatungskonzeptes ist anlässlich der Berichte der dort enthaltenen Beratungsstellen, Vereine und Verbände im Rahmen der Haushaltsberatungen im Herbst 2003 zu beraten.

Mit freundlichen Grüß

Kai Schmidt



Christiane Schwarz  
Trögenölk 18  
24558 Henstedt-Ulzburg  
Sprecherin der AG Soziales  
Umfeld der Lokalen Agenda21

An die Damen und Herren  
des Sozial- und Gleichstellungsausschusses  
der Gemeinde Henstedt-Ulzburg  
Rathausplatz 1  
24558 Henstedt-Ulzburg

Henstedt-Ulzburg, den 05.11.2002

### **Bedarfszahlen für einen Integrationskindergarten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie in der letzten Sozial- und Gleichstellungsausschußsitzung vereinbart übersenden wir Ihnen die von uns erhobenen Bedarfszahlen (Kinder im Kindergartenalter mit heilpädagogischem Förderbedarf aus H-U) und erläutern sie.

Nach den dem **Agenda-Arbeitskreis** im November 2001 erteilten telefonischen Auskünften der beiden Kindertagesstätten in Norderstedt und Kaltenkirchen wurden dort im letzten KitaJahr insgesamt **17 Kinder mit Förderbedarf** aus H-U betreut. Die Zahl setzt sich wie folgt zusammen: Norderstedt betreut 2 Kinder in I-Gruppen (denn dort gibt es keine heilpäd. Kleingruppen); Kaltenkirchen betreut 5 Kinder in I-Gruppen und 10 Kinder in heilpäd. Kleingruppen.

Die von der *Verwaltung* erhobene Zahl von nur *5 Kindern* resultiert aus einer falsch und außerdem nur in Kaltenkirchen gestellten Frage nach der *Anzahl der in Integrationsgruppen betreuten Kindern*. Sie berücksichtigt also nicht die beiden Kinder in Norderstedt und auch nicht die 10 - nicht zwangsläufig schwerer beeinträchtigten - Integrationsgruppenkinder in Kaltenkirchen. Ob Kinder in I- oder heilpäd. Kleingruppen betreut werden, ist nicht zwingend Frage von Mehrfach- und/oder Schwerstbehinderung, sondern vielmehr Frage von Konzept des Einrichtungsträgers und freien Kapazitäten in den begehrten I-Gruppen.

Hintergrund: Die vor ca. 40 Jahren eingerichteten Sonderkindergärten, die sich erstmals der Förderung der beeinträchtigten Kinder annahmen, betreuten ausschließlich diese Kinder. Zwischenzeitlich ist der Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sogar im BSHG normiert und die heilpäd. Kleingruppen nehmen einen zunehmend immer geringeren Teil ein. Das KiTaG fordert ebenfalls eine gemeinsame Betreuung von beeinträchtigten und gesunden Kindern, was nicht heißt, daß alle heilpädagogischen Kleingruppen, in denen ausschließlich beeinträchtigte Kinder betreut werden, aufgelöst werden müssen. Es mag Fälle geben, in denen eine Integration nur sehr schwer vorstellbar ist oder Träger sich eine alleinige Betreuung in den gemischten Gruppen aus gesunden und beeinträchtigt (wie es nicht nur in Norderstedt, sondern z.B. auch in der gesamten Landeshauptstadt Kiel seit Jahren praktiziert wird) nur sehr schwer vorstellen können.



Falsch ist es aber, bei der Erhebung des Bedarfes für einen Integrationskindergarten (der ausschließlich mit I-Gruppen oder aber auch mit heilpädagog. Kleingruppen eingerichtet werden kann), die 10 Kinder der Kaltenkirchener heilpäd. Kleingruppen außer Acht zu lassen, da auch diese Kinder für integrative Betreuung in Henstedt-Ulzburg in Frage kommen.

Es sind uns aktuell mehrere Fälle dieser Einrichtung bekannt, in denen diese - eben nicht schwerstbehinderten - Kinder später erfolgreich Integrationsklassen der Grundschule besuchen konnten. Einige von ihnen besuchen nun mit Erfolg sogar die Realschule. Es ist also festzuhalten, daß die Integrationsfähigkeit dieser Kinder positiv zu beurteilen ist. Und es ist zu vermuten, daß diese Kinder einen noch leichteren Start ins „normale Leben“ gehabt hätten, wenn auch schon eine Integration im Kindergarten stattgefunden hätte. Der Austausch bei elf „gesunden“ und vier beeinträchtigten Kindern einer I-Gruppe **wird besser** auf den Schulalltag vorbereiten als der Austausch bei acht ausschließlich beeinträchtigten Kindern der Kleingruppe.

Auch bzgl. der für die Kita-Betreuung einzuholenden Kostenübernahme durch das Kreissozialamt verbietet sich eine Unterscheidung zwischen I- und Kleingruppenbetreuung. Die betreffenden Kinder erhalten eine Eingliederungshilfe nach BSHG unabhängig davon, ob sie später integrativ oder in Sondergruppen betreut werden.

Aktuell werden nach telefonischen Auskünften der Einrichtungen im November 2002 **18 Kinder mit Förderbedarf** aus Henstedt-Ulzburg in Kaltenkirchen und Norderstedt betreut, was einem Bedarf von 4,5 I-Gruppen entspricht. Außerdem gibt es auch wiederum Kinder aus H-U auf der Warteliste. Wir sehen daher dringenden Bedarf für einen Integrationskindergarten im Ort. Wie sie vielleicht erinnern, hat die Norderstedter Leiterin Frau Koch auch im Namen der Kollegin aus Kaltenkirchen betont, daß eine eigene Einrichtung in H-U keineswegs Konkurrenz sei, sondern sie die wohnortnahe Betreuung in Henstedt-Ulzburg begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen

(Christiane Schwarz)



---

# **Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten 2002**



## Inhaltsverzeichnis

I.	Beratungen	Seite 1
II.	Personalangelegenheiten	Seite 2
III.	Stellungnahmen und Anfragen	Seite 3
IV.	Öffentlichkeitsarbeit / Veranstaltungen	Seite 5
V.	Kontakte und Zusammenarbeit / Mitwirkung an Initiativen	Seite 6
VI.	Sonstige Aktivitäten	Seite 8
VII.	Ausblick	Seite 11
	Anlage	Seite 12



## Tätigkeitsbericht 2002

### I. Beratungen

Gesamtzahl der Beratungen: 177 (davon: extern 165 / intern 12)

Gesamtzahl der beratenen Personen: 122 ( 114 w / 8 m)

#### Aufschlüsselung

Externe Beratungen: 116 Personen (108 w / 8 m)

Interne Beratungen: 6 Personen (6 w)

Die **Beratungen** verteilen sich auf folgende Bereiche:

(Reihenfolge nach Häufigkeit)

#### *Extern*

- Existenzsicherung (Sozialhilfe, Wohngeld, Wohnberechtigungsschein, Sozialwohnung, SGB IX) / Schuldenproblematik / Probleme mit dem Sozialamt (33)
- Beruflicher (Wieder-)Einstieg / Qualifizierung / Arbeitsrechtliche Fragen / Existenzgründung (31)
- Trennung / Scheidung / gesetzliche Neuregelung Unterhalt / Wohnungssuche (23)
- Gewaltproblematik / Erziehungsfragen / Familiäre Konflikte (17)
- Fragen im Zusammenhang mit der Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit (17)
- Kinderbetreuungssituation (Kindergarten-, Tagesmutter-suche, Kindergartenplatzvergabe, Kindergartenbenutzungsgebühren) (16)
- Schwangerschaft / Geburt / Mutter-Kind-Kur (9)
- Sonstige (19)

#### *Intern*

- Probleme mit Vorgesetzten / Probleme am Arbeitsplatz (4)
- Fragen zu Trennung / Scheidung / familiäre Probleme (4)
- Fragen, Befürchtungen im Zusammenhang mit anstehenden Organisationsveränderungen / Veränderungen des Arbeitsplatzes (3)
- Wiedereinstieg nach Erziehungsurlaub / Kinderbetreuung (1)

Bei den externen Beratungsgründen hat es zum vorigen Berichtszeitraum erneut **Verschiebungen** gegeben. Über ein Drittel der Gespräche bezogen sich auf Anliegen im Zusammenhang mit Fragen zur **Existenzsicherung** bzw. Problemen mit dem Sozialamt. Diese Häufung erklärt sich durch die lange Zeit der fehlenden Sozialberatung und macht deutlich, dass eine solche Anlaufstelle in der Gemeinde notwendig ist. Es besteht der Eindruck, dass die materielle Situation vieler Haushalte schwierig ist und das Einkommen hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten hinterherhinkt. Bei einem nicht unerheblichen Anteil von Familien lasten Schulden. Dadurch und durch die Zunahme der **Trennungen / Scheidungen** bzw. der ledigen Mutterschaften wird die Notwendigkeit einer eigenständigen Existenzsicherung bei vielen Frauen immer dringlicher. Insofern ist der **berufliche Wiedereinstieg** neben der Frage der **Kinderbetreuung** eine der zentralen Themen. Die derzeitige Situation auf dem Arbeitsmarkt und das unzureichende Angebot an bedarfsgerechten Kinderbetreuungsplätzen macht es aber vielen Frauen schwer, ihrer Erwerbsneigung nachzugehen bzw. diese existenzsichernd auszubauen. Vereinbarkeitsprobleme ergeben sich zunehmend auch in der Kombination von Erwerbsarbeit und der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger.



Mit steigender Dauer der Erwerbsunterbrechung steigen auch die Probleme der Frauen beim Wiedereinstieg. Um den Arbeitsmarkteinstieg überhaupt zu erreichen, sind sie häufig auf Positionen verwiesen, die unterhalb ihrer Qualifikation liegen. Oft sind auch die Arbeitgeber nicht bereit, den veränderten Arbeitszeiterfordernissen nach zu kommen; das neue Teilzeitgesetz hat hier bislang zu keinen merklichen Veränderungen geführt.

In den Beratungen mit **Ehrenamtlichen** zeigt sich nach wie vor das Problem, dass es immer schwieriger wird, Bürger/innen für eine Mitarbeit in Organisationen und Vereinen zu gewinnen. In Zusammenarbeit mit der Lokalen Agenda, insbesondere durch die gemeinsame Arbeit mit Bürger Aktiv wird seit dem Berichtszeitraum die Idee verfolgt, das Modell einer „Ehrenamtsbörse“ auf örtlicher Ebene zu etablieren. Es soll ein Knotenpunkt geschaffen werden zur Vermittlung von Bürger/innen, die sich ehrenamtlich betätigen wollen und Personen, die eine ehrenamtliche Tätigkeit in Anspruch nehmen möchten; Angebot und Nachfrage soll sozusagen zusammengeführt werden. Ob sich dieses Vorhaben verwirklichen lässt, ist derzeit noch nicht abzusehen; hierüber wird zu gegebener Zeit berichtet werden.

## II. Personalangelegenheiten

Folgende beteiligungspflichtige Angelegenheiten sind innerhalb des Berichtszeitraumes angefallen:

- Stellenausschreibungen / Auswahl von Bewerber/innen
- Einstellungen / Ernennung in ein Beamtenverhältnis auf Probe / auf Zeit
- Wiederaufnahme der Arbeit nach Sonderurlaub
- Gewährung von Sonderurlaub / Gewährung von Elternzeit
- Verlängerung befristeter Arbeitsvertrag
- Zulassung zum Angestelltenlehrgang I / Teilnahme am Angestelltenlehrgang II
- Beförderungen / Höhergruppierungen
- Übertragung der stellvertretenden Leitung von Sachgebieten / gemeindlichen Einrichtungen
- Personelle Umsetzungen / auch verbunden mit Herabgruppierung (auf eigenen Wunsch)
- Änderung / Anordnung von Rufbereitschaft
- Änderung der Arbeitszeit
- Vereinbarung von Altersteilzeit / Ruhen des Arbeitsverhältnisses
- Beendigung des Arbeitsverhältnisses wegen Altersrente / durch Auflösungsvertrag
- Versetzung eines Beamten in den Dienstbereich einer anderen Kommune
- Umsetzung Personalentwicklungskonzept / Neuordnung von Sachgebieten / Eingliederung des Amtes Finanzen und Steuern in das Hauptamt
- Bildung der Stabsstelle „Bildung, Jugend, Kultur und Schule“ / Änderung des Geschäfts- und Dienstverteilungsplan
- Überstundenregelung
- Stellenplan 2003

**Mitwirkende Beteiligungen, die über die bloße Kenntnisnahme hinausgingen, erfolgten in 26 Personal- bzw. Stellenangelegenheiten. Ebenfalls wurde an 19 Bewerbungsgesprächen teilgenommen.**



Mit dem seit längerer Zeit abgestimmten und schrittweise umgesetzten Verwaltungs- und Personalentwicklungskonzept sind die Ämter inzwischen in Fachbereiche mit neuen Bezeichnungen und zum Teil neuen Zuordnungen gebildet worden. Damit verbunden waren im Berichtszeitraum einige interne Ausschreibungen und Personalumsetzungen, die im Einvernehmen der beteiligten Stellen von Bürgermeister / Amtsleitungen, Gleichstellungsbeauftragter und Personalrat erfolgten; teilweise ohne das Bewerbungsgespräche erforderlich waren. Die Verwaltungsneugliederung wurde schrittweise bei personellen Wechseln (meistens verbunden mit Pensionierungen) umgesetzt, was sich problemloser auswirkte, als dies sonst bei Organisationsänderungen üblich ist.

Besonders hervorzuheben ist die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Leiterin des Sachgebietes Personalwesen und dem Personalrat.

Aus Gleichstellungssicht haben beide Geschlechter eine faire Chance bei der Personalauswahl. Es gibt aber nach wie vor eine deutliche Trennung in „Frauen- und Männerberufe“, beispielsweise in den Bereichen Baubetriebshof und Kindergarten.

Die Unterbringung von Rückkehrer/innen aus der Elternzeit oder dem Sonderurlaub hat bislang zu keinen Problemen geführt. Von den gesetzlichen Neuregelungen zur Elternzeit wie gemeinsamer Elternurlaub, flexibles drittes Jahr oder Erweiterung der Teilzeitarbeit während der Elternzeit wurde seitens der Beschäftigten bislang nicht Gebrauch gemacht. Welche Erfordernisse sich aus Gleichstellungssicht für die Personalarbeit daraus ergeben, kann deshalb auch in diesem Berichtszeitraum nicht dargestellt werden.

### **Mitarbeiterzeitung**

Unter der Rubrik „**Die Gleichstellungsbeauftragte informiert**“ erscheinen regelmäßige Beiträge. Im Berichtszeitraum wurde das Thema „Gender Mainstreaming – ein aktuelles Thema für alle“ behandelt.

### **III. Stellungnahmen und Anfragen**

Es erfolgten Stellungnahmen zu:

- **Regelung zum Abbau von Überstunden** (verwaltungsintern)
- **Personelle Umsetzungen / Anregung eines hausinternen Seminarangebotes** (verwaltungsintern)
- **Sicherheit im öffentlichen Raum** (verwaltungsintern) – zuvor gemeinsame Begehung verschiedener Örtlichkeiten mit dem Bauamt und der Gemeindevertreterin Frau von Bressensdorf (Parkplätze und Fahrradunterstände Schulzentrum Maurepasstraße, Fuß- und Radwanderweg Korl-Barmstedt-Weg, Parkplätze MTV-Sportanlage)
- **Änderung der Hauptsatzung** (verwaltungsintern)
- **Bericht über bezuschusste Maßnahmen der Gleichstellungsarbeit 2001** (behandelt im Sozial- und Gleichstellungsausschuss 24/1998-2003 am 16.05.2002, TOP 6)



- **Sozialberatungskonzept** (abschließende Erörterung im Sozial- und Gleichstellungsausschuss 24/1998-2003 am 16.05.2002, TOP 4; Mitverfasserin der Stellungnahme der Sozialen AG Henstedt-Ulzburg)
- **Planung Kindergarten Kammerloh** (Erörterung im Sozial- und Gleichstellungsausschuss 25/1998-2003 am 12.09.2002, TOP 2; zum Stand der Planung sowie dem Bedarf an Integrationsplätzen)
- **Anmeldesituation in den Kindergärten** (Erörterung im Sozial- und Gleichstellungsausschuss 25/1998-2003 am 12.09.2002, TOP 5)
- **Mütterzentrum Henstedt-Ulzburg e.V. – Zuschussantrag 2003** (Erörterung im Sozial- und Gleichstellungsausschuss 26/1998-2003 am 21.11.2002, TOP 3)
- **Betreuung in den Kindertagesstätten – Anmeldesituation / Belegung / Bedarf** (Erörterung im Sozial- und Gleichstellungsausschuss 26/1998-2003 am 21.11.2002, TOP 5)
- **8. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten / Unterschriftenaktion gegen die Satzungsänderung zur Kindertagenaufnahme** (behandelt im Sozial- und Gleichstellungsausschuss 26/1998-2003 am 21.11.2002, TOP 6)
- **Bebauungsplan Nr. 77 „Kruhnskoppel – 2. Änderung“** (behandelt im Planungsausschuss 37/1998-2003 am 06.05.2003, TOP 6)
- **Bebauungsplan Nr. 115 „Schulstraße – westlich Wismarer Straße“** (behandelt im Planungsausschuss 41/1998-2003 am 20.01.2003, TOP 8)
- **Verwendungsnachweis (inkl. Sachbericht) „Computerprojekt für Mädchen von 10 – 13 Jahren“ an das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie**  
Hinweis: ein Verwendungsnachweis über die Durchführung von Computerkursen für Mädchen ist seit Beginn der Tätigkeit in jedem Berichtszeitraum erfolgt. Die Kurse wurden in Kooperation mit der FrauenComputerschule Norderstedt e.V. und der Volkshochschule als offenes Kursangebot, in diesem Berichtszeitraum erstmals in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten Frau Palmberger des Gymnasiums als zusätzliches Angebot am Nachmittag in der Schule durchgeführt.

Ab dem Jahr 2003 werden seitens des Ministeriums keine Zuschüsse mehr an die Kommunen gezahlt, weshalb das Kursangebot zukünftig nicht mehr durch die Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde durchgeführt werden kann. Mit finanzieller Unterstützung durch das Ministerium führt der Förderverein des Gymnasiums in Zusammenarbeit mit Frau Palmberger ein entsprechendes Kursangebot fort. Es wurde Hilfestellung bei der Angebotsplanung sowie der Antragsstellung gegeben.

- **Eckpunkte zur Einführung von „Beratungszentren für Kinder, Jugendliche und Familien“ im Kreis Segeberg** – gemeinsame Stellungnahme der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Segeberg
- **Kürzung des Etats des Frauentreffpunktes Kaltenkirchen e.V.** – gemeinsame Stellungnahme der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Segeberg



#### IV. Öffentlichkeitsarbeit / Veranstaltungen

Eine **Gesamtübersicht in der Anlage** gibt Aufschluss über die durchgeführten Veranstaltungen im Berichtszeitraum. Einige dieser Veranstaltungen erfolgten in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern. Teilweise ergeben sich die Themen aufgrund direkter Anfragen oder Gegebenheiten aus örtlichen bzw. regionalen Zusammenhängen. Andererseits sind Themen durch aktuelle politische Fragestellungen bestimmt oder haben einen „festen Platz“ in der Gleichstellungsarbeit wie z.B. der Internationale Frauentag oder der Girls Day.

Besonders zu erwähnen ist die **Veranstaltungsreihe „Brustkrebs – von der Betroffenen zur Beteiligten“**, die über einen Zeitraum von vier Monaten lief und zusammen mit dem Verein Bürger Aktiv (ehemals Hausfrauenbund) sowie der Volkshochschule durchgeführt wurde. Fachliche Unterstützung gab dabei der Oberarzt der Gynäkologie und Geburtshilfe der Paracelsus-Klinik Henstedt-Ulzburg, Dr. Zeiser.

Für die einzelnen Veranstaltungen, die ein breites Spektrum boten, konnte sowohl auf örtliche Referent/innen zurückgegriffen werden (z.B. die niedergelassene Frauenärztin Dr. Kösters, die psychosoziale Beratung der DRK Sozialstation, die Paracelsus-Klinik und VHS-Dozentinnen) als auch auf überregionale Expertinnen und Experten aus den verschiedenen Fachdisziplinen. Für die Durchführung der Reihe konnten zahlreiche **Sponsoren** gewonnen werden, ohne deren finanzielle Hilfe das umfangreiche Programm nicht möglich gewesen wäre. An dieser Stelle geht nochmals ein herzlicher Dank an die folgenden Förderer: Alster Apotheke, Apotheke im Ulzburg Center, Apotheke auf dem Rhen, Elch-Apotheke, Breast Care Deutschland Ethicon GmbH Endo-Surgery, Buchhandlung Rahmer, Barmer Ersatzkasse, Deutsche Angestellten Krankenkasse, Techniker Krankenkasse, Sanitätshaus Stolle.

Allein im **Großraum Henstedt-Ulzburg** waren zum Zeitraum der Veranstaltung 120 Frauen aller Altersstufen an Brustkrebs erkrankt (lt. Angabe Paracelsus-Klinik Henstedt-Ulzburg). Mehr als andere Tumore ist Brustkrebs mit den zusätzlichen Komponenten der Diskriminierung, der sexuellen Unsicherheit und einem daraus mangelnden Selbstwertgefühl verbunden; eine kranke Brust hat in der Welt der Schönheitsillusionen und der sexualisierten Brustdarstellungen keinen Platz. Dieses Tabu zu brechen und den Mangel an Information auszugleichen, waren das Hauptanliegen der Veranstalterinnen. Die konkreten **Ziele**:

- über die Krankheit aufzuklären und zu informieren
- betroffenen Frauen und ihren Angehörigen Mut zu machen
- über die unterschiedlichen therapeutischen Ansätze, über Möglichkeiten der Selbsthilfe und weitere Formen der Hilfe zu informieren

wurden gänzlich erreicht. Die Veranstaltungen waren (bis auf wenige Ausnahmen) sehr gut besucht und haben über die Gemeindegrenzen hinaus großen Anklang gefunden. Parallel dazu wurden **Kurse zum Erlernen der Selbstuntersuchung** der Brust angeboten, die durch die Paracelsus-Klinik durchgeführt wurden. 120 Frauen haben diese wichtige Möglichkeit der Früherkennung in Anspruch genommen.

An die Adresse der politisch Verantwortlichen auf **Landes- und Bundesebene** wurde der eindringliche Appell gerichtet, dem Thema Brustkrebs endlich die angemessene Priorität einzuräumen, die es verdient angesichts der dramatischen Zahl von jährlich 50.000 erkrankten Frauen. Viele Wortbeiträge von Betroffenen im Publikum machten



klar: „die Geduld der Frauen ist zu Ende“, wie es der ärztliche Direktor der Paracelsus-Klinik Dr. Müller betonte. In Deutschland muss es vor allem zu einer **Qualitätssicherung der Mammographie** kommen, wie sie die EU-Standards vorsehen. Ebenso hat sich in den Podiumsgesprächen gezeigt, dass in allen Stadien der Erkrankung (Früherkennung, Behandlung und Nachsorge) Wert auf eine **interdisziplinäre Zusammenarbeit** gelegt werden muss, um für die Patientin die bestmögliche Diagnostik und Behandlung zu gewährleisten.

Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit der Paracelsus-Klinik ist nach der Veranstaltungsreihe erhalten geblieben. Sehr erfreulich ist, dass am 21.11.2002 von Ärzten aus dem Klinikum Nord, der Paracelsus-Klinik sowie von niedergelassenen Ärzten das „**Brustzentrum-Nord**“ gegründet wurde und die Eintragung als gemeinnütziger Verein erfolgte. Inhalt der Arbeit des Vereins ist die Verbesserung der Versorgung von Frauen mit gut- und bösartigen Erkrankungen der Brust und die Förderung des Stillens. Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Beschäftigung mit dem Brustkrebs. In erster Linie sollen die vorhandenen Möglichkeiten der Vorsorge ausgeschöpft und verbessert werden, z.B. durch Kurse zur Selbstuntersuchung der Brust. Im Rahmen der Therapie und Nachsorge wird eine enge Zusammenarbeit zwischen Praxis und Klinik angestrebt verbunden mit einer Verbesserung der Versorgung der Patientinnen, indem international bewährte Behandlungsprotokolle untereinander abgestimmt werden. Bestandteil der Arbeit ist auch eine EDV-basierte Erfassung aller Daten der an Brustkrebs erkrankten und vom Zentrum betreuten Frauen. Des Weiteren sind eine Kooperation mit medizinischen Fachgesellschaften und die Fortbildung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen an Brustkrebs erkrankter Frauen geplant.

Die Kooperation aller Beteiligten im „Brustzentrum-Nord“ führt zu einer unmittelbaren **Verbesserung der medizinischen Situation in unserer Gemeinde** bzw. im Großraum Henstedt-Ulzburg. Damit haben Frauen die Möglichkeit, sich in allen Fragen zum Thema Brustkrebs kompetent beraten zu lassen und eine qualitative Diagnostik und Behandlung zu erhalten. Dem Fernziel, eine größere Zahl von Heilungsraten zu erreichen, wird damit ein ganzes Stück näher gekommen.

## V. Kontakte und Zusammenarbeit / Mitwirkung an Initiativen

Im Berichtszeitraum wurde regelmäßig teilgenommen an:

- den Sitzungen der **Sozialen AG Henstedt-Ulzburg** (ständiges Mitglied)
- themenspezifisch an den Sitzungen der beiden Arbeitskreise des **Kriminalpräventiven Rates** „Gewalt an Schulen“ und „Umfeldverbesserung“ sowie dem Unterarbeitskreis „Vernetzung“
- den **Kreistreffen** der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
- den Treffen des kreisweiten **Arbeitskreises „Sexueller Missbrauch“** (interdisziplinäre Zusammensetzung aus Vertretern von Polizei, Fachberatungsstellen, Jugendämtern, Schulen, Kindergärten, Gleichstellungsbeauftragten etc.)
- den halbjährlichen Treffen im Arbeitskreis „Gleichstellungsbeauftragte“ im **Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag**



- Das Amt als **Landessprecherin** wurde im Juni 2002 nach zwei Jahren turnusgemäß beendet (Rotationsprinzip). Aufgrund der Zuständigkeit u.a. für den Themenkomplex Wirtschaftsförderung / Arbeit erfolgte von Unterzeichnende eine Stellungnahme an den Sozialausschuss des Landtages zum Bericht der Landesregierung – Drucksache 15/1173 „Bericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt“.
- In drei Arbeitskreisen der **Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten** wurde zu bestimmten Schwerpunktthemen gearbeitet (Verlässliche Halbtagschule/Ganztagschule, Änderung der Kommunalverfassung, Gender Mainstreaming).
- Im Berichtszeitraum erfolgte durch die hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Segeberg die gemeinsame Erarbeitung und Herausgabe von:  
**Broschüre „Schwanger – Was nun?“**

**Broschüre „Trennung / Scheidung – ein Leitfadens für Frauen in Trennungssituationen“** (5. Erweiterte Auflage)

**Kreisweiter Veranstaltungskalender für Mädchen und Frauen**  
(Vierteljährliche Erscheinung)

### **Kooperations- und Interventionskonzept gegen häusliche Gewalt an Frauen des Landes Schleswig-Holstein (KIK)**

Am 1. Januar 2002 ist das **Gewaltschutzgesetz (GewSchG)** in Kraft getreten, das neue Schutzmöglichkeiten für Opfer häuslicher Gewalt im zivilrechtlichen Bereich schafft (Regelung zur Wohnungsüberlassung, Anordnung von Schutzmaßnahmen wie Wohnungsbetretungs-, Näherungs- und Kontaktaufnahmeverbot). In ihm ist der Grundsatz verankert. „Wer schlägt, muss gehen, das Opfer bleibt in der Wohnung.“ Den Opfern wird damit nicht länger zugemutet, selbst für ihren Schutz zu sorgen und den Verlust der vertrauten Wohnung in Kauf zu nehmen, was auch für die Kinder wichtig ist.

Flankierend zum GewSchG des Bundes ist auf der Grundlage des Landesverwaltungsgesetzes ein **Erllass zum polizeilichen Einschreiten bei Gewaltdelikten im häuslichen Bereich** erfolgt. Damit kommt der Polizei eine besonders wichtige Aufgabe zu, in dem sie eine bis zu 14 Tage andauernde **Wegweisung** des Täters aus der Wohnung anordnen kann. (Anmerkung: Weil in über 80% der bekannt gewordenen Fälle Frauen geschlagen werden, wird die männliche Form gewählt.) Die Wegweisung soll die Inanspruchnahme von gerichtlichen Schutzmöglichkeiten erleichtern, indem sie dem Opfer Ruhe und Zeit verschafft, in Abwesenheit des Täters über die eigene Situation nachzudenken und weitere zivilgerichtliche Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

Die polizeiliche Wegweisung allein genügt noch nicht, um Frauen und ihre Kinder dauerhaft vor häuslicher Gewalt zu schützen. Sie bedarf vielmehr der Ergänzung durch weitere Unterstützungsmaßnahmen. Deshalb wurde das **KIK Schleswig-Holstein** in mittlerweile zehn Regionen des Landes geschaffen. Hier haben sich Runde Tische gebildet, an denen jeweils die Institutionen und Einrichtungen vertreten sind, die mit Opfern und/oder Tätern häuslicher Gewalt konfrontiert sind (Polizei, Familiengericht, Frauenfach- und andere Beratungsstellen, Gleichstellungsbeauftragte, Jugendamt etc.). Ziel ist die Vernetzung und der Austausch, um ein effektives Vorgehen zu erreichen. Alle Beteiligten müssen ihre Arbeit so miteinander verzahnen, dass ein stabiles, ineinandergreifendes System der Gewaltprävention und –reaktion geschaffen wird.



Für die Koordination dieser Runden Tische sind die sog. KIK-Koordinatorinnen verantwortlich (Mitarbeiterinnen von Frauenfachberatungsstellen, Notrufen oder Frauenhäusern), die mit einem begrenzten Stundenkontingent die Treffen moderieren.

Im Berichtszeitraum hat sich auch im **Kreis Segeberg** eine KIK-Runde gebildet, an der Unterzeichnende von Beginn an mitwirkt. Es wurde u.a. eine sog. Notfallkarte in mehreren Sprachen erarbeitet, die die Polizei nach erfolgter Wegweisung aushändigt und auf der die Hilfseinrichtungen aufgeführt sind, an denen sich die Opfer häuslicher Gewalt wenden können. Ist die betroffene Frau damit einverstanden, stellt die Polizei durch Weitergabe ihrer Daten den Kontakt zu einer Frauenfacheinrichtung her. Diese nehmen nach dem Polizeieinsatz innerhalb von 24 Stunden Kontakt zu den Opfern auf, um ihnen neben der notwendigen Sachinformation eine qualifizierte psychosoziale Unterstützung anzubieten.

Eine zeitnahe Beratung und Begleitung ist wichtig, weil die Erfahrung zeigt, dass die Betroffenen ohne Unterstützung von außen in der Regel keine weitere Hilfe in Anspruch nehmen; insbesondere machen sie von den zivilrechtlichen Möglichkeiten keinen Gebrauch. Im Kreis Segeberg haben diese Aufgabe die drei Frauenfachberatungsstellen übernommen. Für die südwestliche Region des Kreisgebietes (Bereich Kaltenkirchen, Henstedt-Ulzburg, Kaltenkirchen Land, Bad Bramstedt und Itzstedt mit seinen amtsangehörigen Gemeinden) ist der **Frauentreffpunkt Kaltenkirchen e.V.** zuständig. Die Frauenfacheinrichtungen übernehmen somit in der Umsetzung des GewSchG eine zentrale Rolle, damit die Betroffenen einen Weg aus der Gewaltbeziehung finden.

Folgende Angaben können lt. Polizeistatistik zum bisherigen Stand der Umsetzung gemacht werden:

Im Zeitraum vom 01.09.2002 bis zum 21.05.2003 hat es im gesamten Kreisgebiet **50 Einsätze im Bereich „Häuslicher Gewalt“** gegeben. Diese verteilen sich wie folgt: Norderstedt 16 Einsätze, Kaltenkirchen (7), Henstedt-Ulzburg (6), Bad Segeberg (5), Trappenkamp (3), Bad Bramstedt (2), Alveslohe (2), Ellerau (2), Weddelbrook (2) und je 1 Einsatz in Wahlstedt, Bornhöved, Hartenholm, Kisdorf und Rickling. Dabei wurden in **15 Fällen polizeiliche Wegweisungen** verfügt (entspricht 30 %) mit folgender Verteilung: Norderstedt (5), Kaltenkirchen (4), Bad Segeberg (2), Weddelbrook (2), Rickling (1) und Groß Kummerfeld (1).

## **VI. Sonstige Aktivitäten**

### **Präventionsprojekt Selbstbehauptung / Selbstverteidigung**

Durch Medienmeldungen über Sexualdelikte und Morde an Mädchen und Jungen gab es im Berichtszeitraum etliche Anfragen besorgter oder verunsicherter Eltern. Die am meisten gestellten Fragen waren: wie können wir unsere Kinder schützen und wie sollten Kinder in bedrohlichen Situationen reagieren? Es wurde verschiedentlich das Anliegen vorgetragen, dieses Thema und **Möglichkeiten der Prävention** zu behandeln. Eine Abfrage bei den Leiterinnen der gemeindlichen Kindergärten und der Grundschulen sowie deren Elternvertretungen ergab ein großes Informationsinteresse.

Die Suche nach entsprechenden Kooperationspartnern war erfolgreich. Gemeinsam mit der Leiterin der Fachberatungsstelle gegen sexuelle Gewalt, Michaela Langen, und den beiden Kommissarinnen der Kriminalpolizei Norderstedt und Bad Segeberg, Simone Liebenenthal und Beate Ulrich, wurden Inhalte für einen Vortrag entwickelt, so dass im Frühjahr des Berichtszeitraumes **Elternabende in Kindergärten und Grundschulen**



durchgeführt werden konnten. Zusätzlich wurden Informationsmaterialien wie Eltern-Merkblätter und Broschüren sowie Literaturempfehlungen ausgehändigt. Wegen der damals noch bestehenden Sicherheitsbereitschaft der Polizeidienststellen (Terrorereignisse September 2001) stand die Kriminalpolizei nur an insgesamt drei Terminen zur Verfügung, so dass die Elternschaft der verschiedenen Einrichtungen zusammengefasst wurde (siehe Anlage „Veranstaltungen“).

Folgende Inhalte wurden behandelt:

- Daten, Zahlen, Fakten
- Einsatzbereiche der KPAST Norderstedt und der KPSt Bad Segeberg
- Vorstellung der kriminalpolizeilichen Arbeit im allgemeinen, bei der Prävention, bei der Strafverfolgung
- Was ist ein „Mitschnacker“?
- Wie soll sich mein Kind aus polizeilicher Sicht verhalten?
- Wie bringe ich die Verhaltensweisen meinem Kind als Elternteil bei?
- Was passiert nach Meldungseingang bei der Polizei?
- Kann ich es meinem Kind anmerken, wenn etwas passiert ist?  
(Sexueller Missbrauch im sozialen Nahbereich / durch Fremdtäter, Faktoren für Traumatisierung)
- Wie kann ich mein Kind aus psychologischer Sicht schützen?  
(Elemente eines präventiven Erziehungsstils)

Die Veranstaltungen in Henstedt-Ulzburg waren für die Kripo und die Fachberatungsstelle zu diesem Thema erstmalig; daraus sind mittlerweile gemeinsame Veranstaltungen im übrigen Kreisgebiet entstanden. Nicht nur in dieser Hinsicht waren die Veranstaltungen in Henstedt-Ulzburg eine **Initialzündung für weitere Aktivitäten**. Auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten wird in Kürze die Herausgabe eines Faltblattes über **Qualitätsmerkmale für Kurse zur Selbstbehauptung / Selbstverteidigung mit Kindern** erfolgen, dass gemeinsam mit der Fachberatungsstelle gegen sexuelle Gewalt, der Kreisjugendschutzbeauftragten, dem Präventionsbeauftragten der Jugendbildungsstätte „Mühle“ und der Frauenfachberatungsstelle Norderstedt erarbeitet wurde.

Wie die besorgten Anfragen zeigten, versprechen sich viele Mütter und Väter Hilfe durch vorbeugende Maßnahmen wie Selbstverteidigungskurse. Hier ist in den letzten Jahren der „Markt“ an Anbietern enorm gewachsen und für Interessenten zunehmend unüberschaubar geworden. Neben seriösen Trainingsangeboten gibt es auch eine Reihe **kritisch** einzuschätzender Aktivitäten, bei denen weder auf die fachliche Qualifikation der Trainer/innen noch auf die Inhalte der Kurse geachtet wird. Außerdem steht der Kostenbeitrag für die Eltern oft in keinem Verhältnis zu dem Nutzen der meist kurzzeitigen Angebote. Mit den o.g. Kooperationspartnern wurden deshalb Qualitätskriterien entwickelt, die die Eltern (und Lehrer) bei der Auswahl eines Anbieters und seines Angebotes unterstützen sollen.

Parallel zur Erarbeitung der Qualitätskriterien wird seit Beginn des Berichtszeitraumes das Ziel verfolgt, **in der Gemeinde ein qualifiziertes Präventionsangebot dauerhaft zu etablieren**. Es soll sich um ein kontinuierliches Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungstraining für Kinder handeln, das langfristig angelegt ist und die erarbeiteten Qualitätsmerkmale enthält. Als Kooperationspartner werden dabei insbesondere die Sportvereine ins Auge gefasst, die breiten Zugang zu Kindern und Jugendlichen haben und über Erfahrung in der Arbeit mit ihnen verfügen.



Diese Präventionsarbeit muss gewissen professionellen Standards entsprechen. Deshalb wird seit geraumer Zeit zusammen mit der Jugendschutzbeauftragten des Kreises, dem Präventionsbeauftragten der Jugendbildungsstätte „Mühle“ und dem Jugendwart des MTV Henstedt-Ulzburg ein **Schulungskonzept** für männliche und weibliche Jugendwarte bzw. Übungsleiter / Trainer entwickelt, damit die örtlichen Sportvereine eigenständig ein Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungstraining für Kinder anbieten können. Dem Schulungsangebot liegt ein Präventionsverständnis zugrunde, in dem es nicht um Abschreckung und das kurzweilige Anhäufen von Wissen geht, sondern es darauf ankommt, die Sozial- und Selbstkompetenz der teilnehmenden Mädchen und Jungen zu fördern. Der Schwerpunkt liegt auf **Selbstbehauptung**, die dazu beiträgt, das Selbstvertrauen und die Handlungskompetenz zu erweitern. Strategien der **Selbstverteidigung**, das Erlernen von körperlichen Techniken und Möglichkeiten der sinnvollen Gefahrenabwehr machen dabei einen kleineren Teil aus. (Anmerkung: körperliche Techniken, wie sie in der Selbstverteidigung trainiert werden, sind für Kinder nur begrenzt einsetzbar durch die Konfrontation mit häufig körperlich Überlegenen in einer Gefahrensituation.)

Die **Arbeitsgruppe „Umfeldverbesserung“ des Kriminalpräventiven Rates** hat sich bereit erklärt, dieses Vorhaben zu unterstützen. Das Schulungsangebot soll zur Jahresmitte 2003 stattfinden und versteht sich als Ergänzung zu den sonstigen Aktivitäten im Bereich der Gewaltprävention. Über die Resonanz und den Verlauf der Initiative wird im kommenden Berichtszeitraum berichtet.

Das ein kontinuierliches Präventionsangebot nicht nur wünschenswert sondern auch erforderlich ist, machte ein Schreiben der Kriminalpolizei an die Schulen im August 2002 deutlich, in dem über mehrere **Vorfälle von offensichtlich sexuell motivierten Straftaten** an Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde berichtet wurde (Bereiche Mittelweg sowie Krumpeterweg /Ginsterweg, Wismarer Straße / Usedomer Straße, Bereich des Wanderweges zwischen den Straßen An der Pinnau und Brombeerweg). Es wurde daraufhin Kontakt zu den Schulleitungen aufgenommen, da die (teilweise den Schülern kommentarlos mitgegebene) Täterbeschreibung als nicht ausreichend erachtet wurde. Nach Absprache mit den Schulleitungen wurden **allen** Kindern und Jugendlichen ihrem Lebensalter angemessene Informationen zur Verfügung gestellt:

- Eltern-Merkblatt zur Schulwegsicherung sowie Merkblatt für Kinder über Verhaltenstipps für die Klassenstufen 1 bis 5 (herausgegeben durch die Landespolizei Schleswig-Holstein)
- Broschüre dem jeweiligen Geschlecht entsprechend zum Thema sexualisierte Gewalt und sexueller Missbrauch „Mit mir doch nicht“ und „Aus mit der Anmache“ für die Klassenstufen 6 bis 9 (herausgegeben durch das Präventionsbüro PETZE im Auftrag des Bildungsministeriums und dem Institut für Praxis und Theorie der Schulen)
- Faltblatt der Fachberatungsstelle gegen sexuelle Gewalt für die Lehrkräfte und Eltern (Anmerkung: die Fachberatungsstelle ist kreisweit im Bereich der Beratung, Diagnostik und Therapie für von sexueller Gewalt betroffene Mädchen und Jungen tätig und führt im Bereich der Prävention Informationsveranstaltungen sowie Fortbildungen durch.)

Mit den Schulleitungen wurde die Absprache getroffen, den Schülerinnen und Schülern die Materialien nicht nur auszuhändigen, sondern im Rahmen einer Klassenlehrer-Stunde besprechen zu lassen. Es besteht eine Bereitschaft für weitere Aktivitäten bei Bedarf.



## VII. Ausblick

Der Blick zurück mit neuen Plänen im Kopf ist eine aufschlussreiche Zäsur in der eigenen Arbeit. Es gilt, diese Arbeit auf eine breite Basis zu stellen. Neben den beruflich in der Arbeit Tätigen und den engagierten Ehrenamtler/innen ist es ein schöner Erfolg, mit einer wachsenden Zahl von Männern und Frauen das politische Ziel der Gleichstellung voranzubringen.

Angesichts der sich dramatisch einengenden finanzpolitischen Spielräume ist Geschlechtergerechtigkeit heute wichtiger denn je. Als neues Instrument wird sich hierbei das Prinzip des Gender Mainstreaming etablieren. Gender Mainstreaming zeigt, dass es keine geschlechtsneutrale Politik gibt, sondern dass sich politische Entscheidungen tatsächlich unterschiedlich auf die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern auswirken. Ein Beispiel dafür: der Geburtenrückgang. Frauen entscheiden sich in Deutschland gegen (mehr) Kinder, weil Kinder berufliche und ökonomische Nachteile mit sich bringen. Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren, ist eben kein Kinderspiel. Gleichzeitig wird die Überalterung der Bevölkerung beklagt, die erhebliche Auswirkungen auf die Rentenkassen und die öffentlichen Haushalte hat.

Die Sensibilisierung von Geschlechterfragen ist genauso wenig naturgegeben wie etwa Kostenbewusstsein. Beides muss man sich - wenn man darin kein Naturtalent ist - erst aneignen. Dazu wird die Gleichstellungsbeauftragte ihren Beitrag leisten und sich im kommenden Berichtszeitraum darum bemühen, Gender Mainstreaming Verwaltung und Politik näher zu bringen.

Vieles an diesem Prinzip ist noch Kür - keine Pflicht, was die kommunale Ebene angeht. Eine Selbstverpflichtung zur Umsetzung von Verwaltung und Gemeindevertretung ist nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Das stärkt nicht nur das Ansehen in der Öffentlichkeit, auch die politischen Entscheidungen können effektiver sein. Je näher politische Maßnahmen an den tatsächlichen Lebenssituationen und Qualitätsansprüchen von Frauen und Männern sind, umso größer ist die Wirkung, umso weniger reagieren Menschen - bewusst oder unbewusst - mit Verweigerung.

Die Verantwortung für diesen Prozess liegt in den Händen derer, die politisch Verantwortung tragen und entscheiden. Noch stehen wir am Anfang des Prozesses - aber: aller Anfang ist leicht!

Henstedt-Ulzburg, den 30.05.2003

(A. Horn)

**Anlage**

**Veranstaltungen der Gleichstellungsstelle 2002  
oder bei denen die Gleichstellungsbeauftragte mitwirkte**

<b>Datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Ort</b>
05.02.2002	<b>Veranstaltungsreihe „Brustkrebs – von der Betroffenen zur Beteiligten“</b>  Aufaktveranstaltung „ <b>Früherkennung von Brustkrebs: Vorstellung des landesweiten Modellprojektes BRUSTlife</b> “ Grußworte der Landesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie des ärztlichen Direktors der Paracelsus-Klinik	Beginn: 19.30 Uhr Cafeteria der Paracelsus-Klinik Henstedt-Ulzburg
20.02.2002	Vortrag „ <b>Mammografie-Screening: Ein sicherer Weg, Brustkrebs zu erkennen?</b> “	Beginn: 19.30 Uhr Kulturkate Beckersberg
13.03.2002	Ausstellungseröffnung und Einführung „ <b>Brustbilder – vom Schönheitsideal zur Realfrau</b> “	Beginn: 19.30 Uhr Rathaus, Ratssaal
20.03.2002	Kursangebot „ <b>Heilsamer Umgang mit Brustkrebs</b> “ (10 Termine)	Beginn: 18.30 Uhr in der DRK-Sozialstation
27.03.2002	Vortrag „ <b>Selbsteilungskräfte aktivieren</b> “	Beginn: 18.30 Uhr Kulturkate Beckersberg
10.04.2002	Präsentation „ <b>Farbe bringt Lebensfreude</b> “ in Zusammenarbeit mit dem Sanitätshaus Stolle	Beginn: 19.30 Uhr Kulturkate Beckersberg
17.04.2002	Podiumsgespräch „ <b>Wissen gegen die Angst – Diagnose und Behandlung von Brustkrebs</b> “	Beginn: 19.30 Uhr Kulturkate Beckersberg
25.04.2002	Vortrag „ <b>Informationen zu den biologischen Komplementärtherapien – Mittel-, Thymustherapie, Enzyme, Vitamine und Mineralien</b> “	Beginn: 19.30 Uhr Kulturkate Beckersberg



**Veranstaltungen der Gleichstellungsstelle 2002  
oder bei denen die Gleichstellungsbeauftragte mitwirkte**

07.05.2002	Vortrag „ <b>Ernährungstipps im Gespräch</b> “	Beginn: 18.30 Uhr VHS-Haus Henstedt-Ulzburg
29.05.2002	Podiumsgespräch „ <b>Leben mit Brustkrebs – Medizinische Nachsorge und Krankheitsbewältigung</b> “	Beginn: 19.30 Uhr Kulturkate Beckersberg
06.06.2002	Lesung „ <b>Neun Frauen und ich</b> “ mit der Autorin und Fotografin Angela Hasse	Beginn: 19.30 Uhr Kulturkate Beckersberg
	<b>FrauenForum Henstedt-Ulzburg</b>	
22.01.2002	Treffen und Austausch / Informationen zur Veranstaltungsreihe „Brustkrebs“, zum Internationalen Frauentag 2002, Erörterung Thema Globalisierung	Beginn: 19.30 Uhr Bürgerhaus
04.06.2002	Treffen und Austausch / Informationen zur landesweiten Kampagne der Gleichstellungsbeauftragten zum Thema Familienpolitik, Kommunalwahl	Beginn: 19.30 Uhr Gemeindehaus der Kreuzkirche Ulzburg
03.09.2002	Treffen und Austausch / Informationen zur bevorstehenden Kommunalwahl und den örtlichen Themen, Frauenanteil in den gemeindlichen Gremien, Frauen in die Kommunalpolitik	Beginn: 19.30 Uhr Bürgerhaus
08.10.2002	Treffen und Austausch / Informationen zum Thema Globalisierung: „Fairer Handel am Beispiel von Tee“ mit Videofilm und probieren verschiedener Teesorten	Beginn: 19.30 Uhr Treffpunkt Lebensfreude in der Lindenstraße 21
03.11.2002	Treffen und Austausch zum gemeinsamen Frauenfrühstück / Brunch	Beginn: 11.30 Uhr Margarethen-Hof, Kisdorf



## Weitere Veranstaltungen der Gleichstellungsstelle 2002 oder bei denen die Gleichstellungsbeauftragte mitwirkte

05.02.2002 – 05.03.2002  05.11.2002 – 10.12.2002	<b>Computerprojekt für Mädchen</b> in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten des Gymnasiums und der FrauenComputerSchule Norderstedt	Beginn: jeweils fünf Nachmittage im Anschluss an den Unterricht (1,5 Zeitstunden pro Woche)
13.02.2002  19.02.2002  28.02.2002	Informationsabend für Eltern in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei und der Fachberatungsstelle gegen sexuelle Gewalt zum Thema: „ <b>Mitschnacker</b> “  Grundschulen Rhen und Beckersberg  Kindergärten Beckersberg (Alt- und Neubau), Am Wöddel, Bürgerhaus  Kindergärten Kranichstraße, Moorweg, Waldkindergarten	Beginn: jeweils 19.30 Uhr  Forum im Schulzentrum  Bürgerhaus, Großer Saal  Rathaus, Ratssaal
08.03.2002	Veranstaltung zum Internationalen Frauentag: <b>Kreisweites Frauenfest</b> mit regionalen Künstlerinnen und Büfett	Beginn 20.00 Uhr Albert-Schweitzer-Kirchengemeinde Norderstedt
25.04.2002	Bundesweiter Aktionstag „ <b>Girls Day</b> “ – Mädchen-Zukunftstag zur Erweiterung des Berufswahlspektrums	Auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten beteiligen sich Schulen und Unternehmen aus der Gemeinde.
29.04.2002	Internet-Einführung für Frauen im „ <b>databus</b> “ der WAK. 20 Frauen nehmen an einem Einstiegskurs teil.	9.00 bis 17.00 Uhr Vor der Gemeinde- und Schulbibliothek
27.08.2002	Darstellung der Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten und Diskussion im <b>Frauenkreis der Kreuzkirche</b>	Beginn: 10.00 Uhr Kreuzkirche Ulzburg
28.08.2002	Seminar „ <b>Patientenverfügung</b> “ mit dem Patientenombudsman in Zusammenarbeit mit dem Verein der Grünen Damen	Beginn: 14.00 Uhr Rathaus, Ratssaal
01.09.2002	Informationsstand der Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Segeberg zum <b>Schleswig-Holstein-Tag</b>	10.00 Uhr bis 14.00 Uhr vor dem Kreishaus Bad Segeberg
24.09.2002	Informationsabend „ <b>Frauen leben länger – aber wovon?</b> “ im Rahmen der landesweiten Kampagne zur Familienpolitik in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten des Amtes Itzstedt	Beginn: 19.30 Uhr Rathaus, Raum 1.22



09.10.2002	Informationsabend „ <b>Von der verlässlichen Halbtags- zur Ganztagschule</b> “ im Rahmen der landesweiten Kampagne zur Familienpolitik in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten des Amtes Itzstedt	Beginn: 19.30 Uhr Aula der Grund- und Hauptschule in Nahe
29.10.2002	Teilnahme III. Fortsetzung „ <b>Mehr Courage für die Jugend</b> “	Beginn: 18.00 Uhr Rathaus, Ratssaal
25.11.2002 – 29.11.2002	Bundesweite Fahnenaktion zum <b>Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen</b>	Beflaggung Rathaus zusammen mit dem Leiter der Polizei-Zentralstation, Hr. Rossow

### Lokale Agenda 21 – Termine und Veranstaltungen, bei denen die Gleichstellungsbeauftragte mitwirkte

16.01.2002 05.03.2002 28.05.2002 26.09.2002	Lokale Agenda 21 Henstedt-Ulzburg – Treffen der <b>Arbeitsgruppe „Soziales Umfeld“</b> , Begleitung als Koordinatorin seitens der Verwaltung	Beginn: jeweils 19.30 Uhr SV Rhen Vereinshaus
30.04.2002	Lokale Agenda 21 Henstedt-Ulzburg – Teilnahme am „ <b>Runden Tisch</b> “ mit Vertreter/innen der Kommunalpolitik und der Verwaltung (externe Moderation)	Beginn: 19.00 Uhr Rathaus, Ratssaal
23.05.2002 16.07.2002 18.09.2002	Lokale Agenda 21 Henstedt-Ulzburg – Begleitung der <b>Treffen der Gruppensprecher/innen</b> (abwechselnd mit den beiden anderen Koordinatoren der Verwaltung Hr. Duda und Fr. Hafemeister)	Beginn: jeweils 19.00 Uhr SV Rhen Vereinshaus oder bei einzelnen Gruppensprecher/innen
31.08.2002	<b>2. Landesweiter Agenda 21 Kongress</b> – Austausch zum Stand der Arbeit in den Kommunen, Workshop „Partizipation von Einwohner/innen und Bürger/innen“	9.00 bis 17.30 Uhr Friedrich-Schiller-Gymnasium in Preetz
07.09.2002 08.09.2002	Lokale Agenda 21 Henstedt-Ulzburg – Vorbereitung und Durchführung der <b>Zukunftswerkstatt</b> zur F-Planerweiterung „Beckershof“ zusammen mit Hr. Duda, Bauamt (externe Moderation)	Beginn: 10.00 – 19.00 Uhr Beginn: 10.00 – 14.00 Uhr Rathaus, Ratssaal
25.09.2002	Lokale Agenda 21 – Teilnahme am <b>Landesweiten Agenda 21 – Arbeitskreis</b>	14.00 bis 18.00 Uhr Kreisverwaltung Stormarn, Bad Oldesloe